

(Abgeordneter Ziller.)

(A) Volkswirtschaft nützlich sei. Die Ausführungen der Herren Abgeordneten Castan und Fleißner haben uns dargelegt, wohin die heutige Entwicklung gehen wird, und wir müssen zu unserem außerordentlichen Bedauern feststellen, daß es den Anschein hat, daß man über den Mittelstand, den Handwerker wie den kleinen Geschäftsmann, zur Tagesordnung übergehen will.

Der Herr Regierungsvertreter hat weiter das leichtsinnige Etablieren beklagt, welches eine Gefahr für den Mittelstand bedeutet. Auch wir verurteilen das leichtsinnige Etablieren, auch wir verurteilen es, wenn Arbeiter oder Angestellte es auf sich nehmen, ohne Mittel eine Existenz zu gründen. Aber warum ist das in der Kriegszeit mehr denn früher geschehen? Deshalb, weil ein großer Teil der bisherigen Geschäftsinhaber ihre Geschäfte schließen mußten oder weil ein großer Teil der Handelsvertreter, Agenten, Reisenden, von ihren Geschäften entlassen wurden und sich eine neue Existenz gründen mußten. Wenn der Herr Regierungsvertreter so liebenswürdig sein und einmal in die großen Kriegswirtschaftsstellen hineinblicken wollte, so würde er zu seinem Erstaunen sehen, daß die Leiter, die heute der Lederverteilungsstelle und ähnlichen Kriegsgesellschaften vorstehen, zum Teil aus anderen Berufen hervorgegangen sind. Ich weiß z. B., daß ein Möbelhändler, den ich in seinem Beruf sehr ehre und schätze, heute Fachmann einer Textilabteilung ist. Es ist also in den oberen Kreisen, vor allem bei den großen Kriegsgesellschaften, nicht anders wie in den Kreisen, die infolge des Krieges entlassen worden sind. Der Herr Regierungsvertreter hat weiter ausgeführt, daß es sich die Regierung hätte zum Vorwurf machen lassen müssen, daß man das Handwerk zu sehr bevorzugt habe. Ich muß offen sagen, die Vertreter der Handwerkerkreise und des kleinen Handelsstandes haben von Bevorzugung bisher noch nichts gespürt; und er kommt zum Schluß seiner Ausführungen dazu, den Handwerkern die Selbsthilfe anzupfehlen. Das ist uns schon so oft von Regierungsseite entgegengehalten worden, daß ich einmal die Frage aufwerfen möchte: was würden wohl die Arbeiter sagen, wenn die Regierung fortwährend sagte: mit der Selbsthilfe müßt ihr bei euch beginnen? Ich glaube, die Arbeiterschaft würde sich mit Recht sehr energisch gegen solche Ausführungen wenden.

Ich komme nun zum Genossenschaftsfonds, der vor einigen Jahren gegründet worden ist. Der Mehrzahl in diesem Hause sind die Verhandlungen darüber bekannt. Vor drei Jahren ist auf Antrag des Herrn Abgeordneten Günther — der eine Erweiterung des früheren Antrages des Herrn Abgeordneten Biener ist —

der Genossenschaftsstock von 1¼ Millionen auf rund 3¼ Millionen erhöht worden. Ich möchte die Regierung bitten, doch anzugeben, wie viele Unterstüzungen aus diesem Fonds gegeben worden sind. Der Herr Regierungsvertreter war so freundlich, zu erklären, daß er bei einer demnächst zu behandelnden Interpellation darauf Bezug nehmen wolle. Wir halten es aber für unbedingt notwendig, daß wir einmal klar sehen, wieviel Mittel hier dem Handwerkerstande zur Verfügung gestellt worden sind. Das bisherige Verfahren scheint nicht dazu angetan gewesen zu sein, die Handwerkerkreise zu beeinflussen und um Staatsbeihilfen nachzusuchen. Das Wesen ist wohl zu schwerfällig gewesen, und wir bitten die Staatsregierung dringend, dafür Sorge zu tragen, daß die Hoffnungen, die an diesen Fonds gestellt werden, weitestgehend erfüllt werden möchten. Wir verlangen ja nicht, daß die Darlehen aus diesem Genossenschaftsstock mit einer solchen Agitation verteilt werden, wie es die Regierung z. B. bei der Unterbringung der Kriegsanleihen getan hat, aber wir verlangen, wenn schon im Interesse des Handwerks Mittel zur Verfügung gestellt worden sind, daß die Mittel auch den wirtschaftlich schwachen Ständen zufließen. Die Vertreter der Linken haben unter anderem ausgeführt: wir können nicht beleben, was nicht mehr zu beleben ist; ja, sie sprechen dem Mittelstande jede Existenzberechtigung ab. Die Verteilung der Arbeit an den gewerblichen Mittelstand, soweit sie von den Kriegsamtsstellen oder, wie in Sachsen, durch das Submissionsamt vorgeesehen ist, hat bewiesen, daß, wenn von der Regierung Arbeiten kollektiv an Innungen vergeben werden, sie zum Teil immer schneller ausgeführt worden sind, als wenn man sie den einzelnen Interessenten übertragen hat. So haben z. B. die Tischler- und Korbmacherinnungen viel schneller geliefert, als einzelne Fabrikanten dazu in der Lage waren. Hiermit ist doch der Beweis erbracht, daß es wohl möglich und gut ist, die Arbeiten und Artikel, die im Handwerksbetriebe hergestellt werden, im Wege der Submission an Innungen zu verteilen, wie es nach dem Herrn Interpellanten in Österreich mit Erfolg geschehen ist. Ich möchte deshalb die Staatsregierung bitten, sich Erfahrungen, die man in Österreich gesammelt hat, nicht ohne weiteres entgegenzustellen, sondern zu versuchen, das Gute herauszunehmen, was man in Österreich gefunden hat.

Ich verweise endlich noch auf den Antrag Biener-Dr. Böhme, der dem letzten Landtage vorgelegen hat und der dahin ging, reiche Mittel zur Verfügung zu stellen, um den in Not geratenen Angehörigen des Mittelstandes wieder unter die Arme zu greifen. Ich begnüge mich mit diesem Hinweis. Ich will wegen der zahlreichen